

Östliche Partnerschaft

Friederike Augustin/Katrin Böttger

Im vergangenen Jahr fand anlässlich des zehnjährigen Bestehens der Östlichen Partnerschaft (ÖP) eine Reihe von Veranstaltungen zur Reflexion und Evaluation, allerdings wie im Vorjahr kein Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs statt. Das Treffen der AußenministerInnen am 13. Mai 2019 bilanzierte die Umsetzung der „20 Ziele für 2020“ und beriet die zukünftige Zusammenarbeit.¹ Eine gemeinsame Erklärung kam wegen Unstimmigkeiten über die im Text formulierten Grundprinzipien und Ziele der ÖP jedoch nicht zustande.² Vom 10. bis 12. Dezember 2018 traf sich die 10. Jahresversammlung des Eastern Partnership Civil Society Forum in Tiflis unter dem Motto „Leading the Way Towards a Democratic European Future“. Hierbei wurde betont, dass zivilgesellschaftliche Organisationen wichtige Akteure der ÖP sind, da sie maßgeblich politischen Druck für das Vorantreiben der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Reformen ausüben.

Darüber hinaus wird die neue EU-Legislaturperiode politische Neuausrichtungen mit sich bringen, die die ÖP schwächen könnten: So sieht der Vorschlag der Europäischen Kommission vom 14. Juni 2018 zum mehrjährigen Finanzrahmen 2021 bis 2027 grundlegende institutionelle Veränderungen vor. Während das Hauptfinanzierungsinstrument für die ÖP bisher das Europäische Nachbarschaftsinstrument (ENI) war, sollen künftig fast alle bestehenden außenpolitischen Instrumente unter dem „Neighbourhood, Development, and International Cooperation Instrument“ (NDICI) zusammengefasst werden.³ Zudem ist aufgrund der Neuzusammensetzung der Europäischen Kommission und des potenziellen EU-Austritts des Vereinigten Königreichs mit dem Wegfall einer KommissarInnen-Stelle und daraus folgend mit der Zusammenlegung der Generaldirektion Nachbarschaftspolitik und Erweiterungsverhandlungen (DG NEAR), die bisher für die ÖP zuständig war, und der Generaldirektion Entwicklung und Zusammenarbeit (DG DEVCO) zu rechnen.⁴

In vier von sechs Ländern der ÖP fanden 2018 und 2019 wichtige Wahlen statt, die sich unterschiedlich auf die Beziehungen mit der Europäischen Union auswirkten. Während Georgien und die Ukraine auf dem Reformpfad blieben und ihre enge Beziehung zur Europäischen Union ausbauen konnten, gab es in Armenien keine nennenswerten außenpolitischen Veränderungen. In Moldau hingegen kritisierte die Europäische Union die zunehmende Missachtung rechtsstaatlicher und demokratischer Prinzipien im Zusammenhang mit den Parlamentswahlen. Ein Meilenstein im Bereich Bildung für die ganze Region war die Eröffnung der ersten Europäischen Schule außerhalb der Europäischen Union im

-
- 1 Rat der Europäischen Union: Östliche Partnerschaft: Außenministertagung, 13.5.2019, abrufbar unter: <https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/international-ministerial-meetings/2019/05/13/> (letzter Zugriff: 8.7.2019).
 - 2 Alexandra Brzozowski: Domestic challenges overshadow ten-year anniversary of EU's Eastern Partnership, EURACTIV, 15.5.2019, abrufbar unter: <https://www.euractiv.com/section/enlargement/news/domestic-challenges-overshadow-ten-year-anniversary-of-eus-eastern-partnership/> (letzter Zugriff: 13.6.2019).
 - 3 Vgl. hierzu auch den Beitrag „Entwicklungszusammenarbeit und Humanitäre Hilfe“ in diesem Jahrbuch.
 - 4 Věra Řiháčková Pachtá: Eastern Partnership: from the EaP summit to the debate on the new Multiannual Financial Framework, in: Eastern Monitor, Oktober 2018.

September 2018 in Tiflis, die jährlich 30 Stipendien für SchülerInnen aus den sechs ÖP-Staaten mit dem Ziel eines Internationalen Abiturs in Europäischen Studien vergibt.⁵

Die Beziehungen zwischen der Europäischen Union und Armenien bleiben trotz „Samtener Revolution“ und vorgezogener Ministerpräsidentenwahl im Dezember 2018 weitestgehend unverändert. Obwohl die Europäische Union der politischen Agenda der neuen Regierung und ihren aktiven Schritten in der Korruptionsbekämpfung anerkennend gegenübersteht, verfolgt diese keinen dezidiert pro-europäischen Kurs. Nach dem ersten Treffen des EU-Armenien-Partnerschaftsrates am 21. Juni 2018 blieb eine weitere politische Annäherung aus.⁶ In den EU-Aserbaidschan-Beziehungen gab es kleine Fortschritte, am 11. Juli 2018 wurden die Verhandlungen über die Partnerschaftsprioritäten abgeschlossen.⁷ Zudem fand am 4. April 2019 das 16. Treffen des EU-Aserbaidschan-Kooperationsrates statt, bei dem seitens der Europäischen Union erneut die Notwendigkeit betont wurde, auf Grundlage der Partnerschaftsprioritäten schnellstmöglich ein neues bilaterales Abkommen zu beschließen.⁸ Im Gegensatz dazu konnten beim 6. Treffen der EU-Belarus-Koordinierungsgruppe am 12. bis 13. Dezember 2018 keine Fortschritte zu den Partnerschaftsprioritäten sowie den Verhandlungen für ein Abkommen über Visaerleichterungen erreicht werden. Zwar sind die EU-Belarus-Beziehungen von Stabilität geprägt, sie haben aber auch einen starken Symbolcharakter.⁹

Fazit und Ausblick

Obgleich das zehnjährige Bestehen der ÖP in diesem Jahr in zahlreichen Formaten begangen wurde, scheint der Enthusiasmus auf beiden Seiten abgeflaut. Während auf Seiten der Europäischen Union die Enttäuschung über den langsamen Fortschritt der Reformen in den ÖP-Staaten wächst, zeigen die VertreterInnen der ÖP-Staaten weiter Unverständnis über die aus ihrer Sicht fehlende Beitrittsperspektive. Da eine solche gegenwärtig aufgrund der inneren Verfasstheit der Europäischen Union kaum möglich erscheint, ist die Herausforderung für die EU-VertreterInnen gemeinsam mit der Zivilgesellschaft umso größer, den Druck auf Politik und Verwaltung für Reformen aufrechterhalten. Es bleibt abzuwarten, ob die deutsche Ratspräsidentschaft in der zweiten Jahreshälfte 2020 wie schon 2007 hier neue Impulse geben kann.

Weiterführende Literatur

New Eastern Europe: Eastern Partnership turns 10, in: New Eastern Europe 3-4, Mai – August 2019.

5 Europäische Kommission: First Eastern Partnership European School opens its doors in Tbilisi, 4.9.2018, abrufbar unter: https://ec.europa.eu/neighbourhood-enlargement/news_corner/news/first-eastern-partnership-european-school-opens-its-doors-tbilisi_en (letzter Zugriff: 8.7.2019).

6 Europäische Union: Joint press statement following the first Partnership Council meeting between the European Union and Armenia, 21.06.2018; Thomas Schrapel: Erdrutschsieg bei vorgezogenen Neuwahlen in Armenien, in: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. Länderbericht, Dezember 2018.

7 European External Action Service: Partnership Priorities between the EU and Azerbaijan reinforce the bilateral agenda, 11.7.2018, abrufbar unter: https://eeas.europa.eu/headquarters/headquarters-homepage/48244/partnership-priorities-between-eu-and-azerbaijan-reinforce-bilateral-agenda_en (letzter Zugriff: 8.7.2019).

8 Europäische Union: EU-Azerbaijan Cooperation Council, 4.4.2019, abrufbar unter: <https://www.consilium.europa.eu/en/meetings/international-ministerial-meetings/2019/04/04/> (letzter Zugriff: 8.7.2019).

9 Eastern Partnership Civil Society Forum: Proposals of the Belarusian National Platform of the Eastern Partnership Civil Society Forum to the 6th meeting of the EU-Belarus Coordination Group, 13.12.2018.